

Ständige Wiederverankerung der Demokratie

Michael Lingenthal

Fünfzig Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung, 49 Jahre politische Bildungsarbeit in Schloss Eichholz. Eine lange Erfolgsgeschichte. Zuerst in der Bundesrepublik Deutschland, dann zusätzlich in der kurzen demokratischen Phase der DDR und schließlich nahezu flächendeckend im Deutschland der neuen Einheit. Damals wie heute von grundlegender Bedeutung für die Stiftung: das „C“ und die „Union“. Das „C“ die Grundlage der Arbeit, der Unionsgedanke das Ziel. Damit leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen bedeutenden Beitrag zur Begründung und Festigung der repräsentativen und pluralen Demokratie. Wichtig war, ist und bleibt der „Brückenschlag in die Gesellschaft“. Der Dialog mit konkurrierenden, aber demokratischen Organisationen und Ideen. Der Brückenschlag bis hin zu den Gruppen und Personen Deutschlands und Europas, die dem Unionsgedanken skeptisch gegenüberstehen. Politische Bildung war und ist nicht auf Deutschland beschränkt. Die Förderung der politischen Bildung war seit Beginn der Auslandsarbeit 1962 und bleibt ein „Kerngeschäft“ in der internationalen Zusammenarbeit mit Partnern aus Europa und Übersee. Politische Bildung im internationalen Rahmen hat geholfen, christlich-demokratisches Gedankengut zu verbreiten, den Dialog mit Parteien der „C-Familie“ international zu führen und vor allem demokratische Werte, Ideen und Strukturen nach Phasen von Diktatur und Bürgerkrieg weltweit an vielen Orten zu stärken. Angesichts

wachsender Gefahren durch die Verbindung von Populismus und autoritären Regierungen ist die politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung heute herausgefordert, demokratischen Kräften eine Basis zu erhalten und für Demokratie und Menschenrechte zu stehen. Schloss Eichholz war und bleibt für viele internationale Dialoge und Initiativen Ausgangs- und Treffpunkt. Engagierte der Stiftung und der Partnerorganisationen haben in Eichholz ihr Rüstzeug für die politische Bildung im In- und Ausland erhalten. Die internationale Solidarität, besonders mit Christdemokraten, in Fragen des Rechtsstaates und der Menschenrechte, zur Ordnungspolitik und zur Stärkung der Zivilgesellschaft mit der Zielrichtung Frieden und Gerechtigkeit konnte und kann ohne politische Bildung nicht auskommen. Aber auch erhebliche Teile der Begabtenförderung, der historischen Arbeit und der Fachkonferenzen, die aktuell in der Akademie in Berlin verstärkt werden, sind im besten Sinne „politische Bildung“. Die Stiftung hat dabei ihre Funktion nicht als „Kaderschmiede der CDU“ definiert. „Politische Bildung“ wird im ursprünglichen Verständnis der *polis* eingesetzt. Ein Beitrag zum Gemeinwohl im weitesten Sinne ist zu leisten. Für Politik muss geworben werden. Politische Bildung ist im Selbstverständnis der Stiftung eine Querschnittsaufgabe. Alle Teile der Konrad-Adenauer-Stiftung tragen zu einer fundierten politischen Bildung bei. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist mit ihren

Programmen Teil der lebendigen Demokratie Deutschlands. „Freiheit“ und „Verantwortung“ sind dabei Schlüsselbegriffe. Sie sollen in einem subsidiären System zur Entfaltung kommen. Die Stiftung befähigt Bürgerinnen und Bürger zur Subsidiarität, damit sie als überzeugte Demokraten den demokratischen Grundkonsens weitergeben.

Änderung des Umfeldes

Auch wenn Grundwerte und Ziele in mehr als vierzig Jahren gleich geblieben sind, das Umfeld der politischen Bildung hat sich verändert. Politische Bildung hatte bis zum Ende des Kommunismus in Europa nicht nur den Aspekt „pro Grundgesetz“, sondern auch den Inhalt „gegen den Kommunismus“. Diese Negativabgrenzung hat heute fast völlig ihre Bedeutung verloren. Die kommunistische Herausforderung oder Bedrohung existiert praktisch nicht mehr. Statt Abgrenzung sind Positivfaktoren wichtiger. Hinterfragt werden Demokratiemodelle und ihre Praxis nach der Friedensfähigkeit, nach Willen zur europäischen Einheit, nach weltweiter Wettbewerbs- und Integrationsfähigkeit, nach Realisierung und Schutz der Menschenrechte und Qualität des Rechtsstaates, nach Praxis der sozialen Integration, nach Partizipation und Offenheit.

Politische Bildung wird heute in neuen Rahmenbedingungen gestaltet und angeboten. Globalisierung und Kommunikation stehen für die veränderten Bedingungen. Die Kommunikationsgesellschaft ermöglicht freien Zugang zu Informationsquellen. Sie bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit absoluter Zerstreuung und Negierung von Fakten und Wissen. Das „Sehverhalten“, die Aufnahme von Informationen, hat sich gewandelt. Intensive, qualitativ interessante Angebote zu Geschichte und Wissenschaft einerseits, die „Zap-Gesellschaft“ andererseits bezeichnen die beiden Pole der

Erwartungshaltung der Teilnehmer. Die „gesellschaftlichen Monopole“ haben ihre Exklusivrolle bei Information und Partizipation ihrer Klientel verloren. Antworten auf letzte Sinnfragen bieten auch TV und Internet. Man ist nicht länger allein auf die Kirchen angewiesen. Arbeitnehmerinteressen werden außerhalb der traditionellen Gewerkschaften aufgenommen. Politik ist nicht mehr das Monopol der Parteien. Zusätzlich geht die Auflösung traditioneller Milieus weiter. Das Hineingeborenwerden in Traditionen, Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen nimmt ab. Damit verbunden ist auch die Abkehr von einer lebenslangen Bindung und aktivem Engagement für einen Allgemeinzweck wie die Mitgliedschaft in Vereinen oder Parteien. Mitmachen sucht eher temporäre und sektorielle Möglichkeiten. Positiv besetzte Themen haben Konjunktur, „Kärnerarbeit“ sucht händeringend Aktive.

Der Markt der Anbieter ist größer geworden. Verbände und Tagungshotelketten bieten Informationsangebote, die früher fast ausschließlich durch die politische Bildung abgedeckt wurden. Das Anspruchsniveau der Klientel bei Inhalten, Medien und Methodik ist gestiegen. Alle Anbieter fordern eine höhere Selbstbeteiligung der Teilnehmer. Dies ist auch durch den Rückgang der öffentlichen Förderung für die politische Bildung bedingt. Aber auch dadurch, dass zunehmend die öffentliche Seite selbst Träger und Anbieter von Veranstaltungen ist. Mit gesonderten Programmen, oft aus dem bestehenden Mittelansatz herausgeschnitten, reagiert die Politik auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen oder Probleme. Oft drängt sich der Verdacht auf, dass Aktionismus und die öffentliche Darstellung von Handlungskompetenz den Eindruck vermitteln sollen, die Politik hätte ein Problem im Griff, und eigene Ratlosigkeit überdeckt werden soll. Man muss die Frage stellen, ob derartige Extra-

oder Kurzzeitprogramme ihren Sinn erfüllen, wenn es zum Beispiel um Gewalt bei Jugendlichen geht, und ob rechtzeitige Stabilisierung zum Beispiel von Familien über auf Dauer angelegte Programme freier Träger nicht besser gewesen wäre. Dies alles geht zu Lasten der Organisationen in freier Trägerschaft, wobei zu berücksichtigen ist, dass in Zeiten der Hochkonjunktur der Weiterbildung das Segment „freie Träger“ erheblich ausgeweitet wurde. Weniger Ressourcen stehen heute mehr Zuwendungsempfänger gegenüber. Dies hat zur Konsequenz, dass Förderquoten fallen und damit Anbieter ihre Betriebe schließen müssen. Ausgliederung von Angebotsteilen auf den „freien Markt“ zu privatwirtschaftlichen Bedingungen ist ebenfalls zu verzeichnen.

Bedrohung und Herausforderung

Gesellschaft und Demokratie sind national und international neu herausgefordert. Kollektivismus versus Individualität, Fundamentalismus versus Toleranz und Miteinander, Zentralismus versus Subsidiarität, Relativismus versus Werteordnung und Identität beschreiben, was Gesellschaft und Demokratie heute bedroht und herausfordert.

Die Gesellschaft bietet mehr denn je Möglichkeiten, die Individualität auszulieben. Nicht nur der eigene Lebensentwurf ist Produkt dieser Möglichkeiten, sondern auch ein sehr persönliches Demokratieverständnis. Dies kann Engagement vertiefen und erweitern, aber auch zu größerer Ablehnung führen. Demokratie wird von der überwiegenden Mehrheit der Menschen befürwortet. Als eine „Selbstverständlichkeit“ im eigenen Erleben und im europäischen Umfeld verliert ihre Besonderheit aus Gleichgültigkeit heraus an Wert. Parteien und Politiker werden zudem heute schärfer beobachtet und beurteilt als zuvor. Diskrepanzen zwischen Norm und Wirklichkeit,

Problemen und Lösungen, Wort und Leben sind mehr denn je Gegenstand des öffentlichen Interesses. Politik und Politiker haben einen starken Ansehensverlust erlitten. Politische Bildung bleibt von dieser Entwicklung nicht unberührt, zumal dann, wenn politische Bildung mit Parteipräferenz angeboten wird.

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist es daher wichtig, ihr Profil und ihr Angebot noch deutlicher in Gesellschaft und Politik einzubringen. Es geht auch um die Rückgewinnung der positiven Besetzung und Wahrnehmung des Begriffes Politik. Der Ansehensverlust der Politik vom Desinteresse über Politikverdruss zur „Politikverachtung“ droht sich gegen die Politik als solche zu richten. Der Populismus erhält so eine Steilvorlage.

Nachvollziehbare „Nachfolge“

Eine „christliche politische Bildung“ gibt es nicht, wie es auch keine „christliche Politik“ gibt. „C“ drückt aus, dass Politik aus „Verantwortung des Christen in der Welt und für die Welt“ gestaltet wird. Wir bekennen uns zur letzten Verantwortung vor Gott. Wir wissen um den Auftrag, die „Freiheit des Christenmenschen“ nicht nur zum eigenen Wohl, sondern auch zum Wohl der Gemeinschaft zu nutzen. Freiheit ist für den Christen untrennbar mit Verantwortung und Wertebindung zusammengefügt. „C“ bedeutet auch, dass „Nachfolge Christi“ sichtbar und nachvollziehbar sein muss. Die Welt ist uns nach christlichem Verständnis anvertraut, damit wir die Schöpfung bewahren. Der Psalm 8 beschreibt die Gesamtverantwortung des Menschen. In Erweiterung der alten und guten jüdischen Traditionen des Glaubens und der Hilfe für andere beschreibt die Bergpredigt hinreichend, was der Christ in der Welt zu tun hat. Selbstverständlich wird diese Konkretisierung christlichen Glaubens auch von Nichtchristen erfüllt. Und weil wir als Christen von der Unvollkommenheit

des Menschen ausgehen, der eben darum auf göttliche Gnade angewiesen ist, kennen wir als Christen unsere individuellen und kollektiven Schwächen, also die Momente und Aufgaben, wo wir unseren Normen nicht gerecht werden. Dieses Wissen um die eigene Unvollkommenheit prägt auch das Politikverständnis, das heißt die eigene Irrtumsmöglichkeit sowie die Toleranz gegenüber dem anderen Denkenden.

Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung baut auf diesem Grundverständnis auf. Ergänzt wird das „C“ um den Grundgedanken der „Union“, also der überkonfessionellen demokratischen Partei, die auf einer festen Wertegrundlage „der Stadt Bestes sucht“.

Wenn es stimmt, dass Relativismus heute eine der Gefahren für die Gesellschaft darstellt, weil Toleranz mit Beliebigkeit verwechselt wird, dann müssen Politik und politische Stiftungen ihr „Alleinstellungsmerkmal“, ihre Grundüberzeugungen, ihre Besonderheit um der eigenen Identität willen deutlicher machen. Es geht nicht um Ausgrenzung anderer Politik- und Gesellschaftsentwürfe, es geht um eine Einladung zum Miteinander mit Identität. Die Konrad-Adenauer-Stiftung baut seit ihrer Gründung auf dem Partnerprinzip auf. Es ist natürliche Konsequenz unseres Subsidiaritätsverständnisses. Die Stiftung sucht Allianzen in Politik und Gesellschaft, um die repräsentative Demokratie zu entwickeln. Dazu braucht es mündige Bürger, die Eigenverantwortung übernehmen. Befähigung zur Subsidiarität ist daher ein zentrales Anliegen der politischen Bildungsarbeit der Stiftung. Für die Stiftung ist wichtig, dass ihre Leitthemen nicht nur theoretisch entwickelt und vermittelt werden. Die Handlungskompetenz des Bürgers ist ein wesentliches Ziel ihrer Arbeit. Die Grundwerte der Stiftung zeigen sich auch in der Zusammenarbeit mit Gruppen, die

in der Gesellschaft keine Lobby haben, die benachteiligt sind oder „übersehen“ werden. Allerdings muss eine Grenzlinie für gegenseitige Kooperation klar gezogen werden: das Bekenntnis zum Grundgesetz.

Auf der Grundlage von Partnerprinzip und Grundgesetzkonsens kann die Stiftung einen Beitrag zum „Brückenschlag“ zwischen Union und Gesellschaft bilden. Ihr Bildungsangebot richtet sich an viele Teile der Gesellschaft, nicht ausschließlich an die „Unionsklientel“. So kann die Stiftung über die Evaluierung ihrer politischen Bildung eine „Sensorfunktion“ für die Union wahrnehmen, das heißt Informationen über Stimmungen und Themen auch der Gruppen weitergeben, die keinen oder keinen leichten Zugang zur Union haben.

In der Zukunft wird der Generationen-dialog in der politischen Bildung der Stiftung an Bedeutung gewinnen. Nicht nur aus historischer Begründung, zum Beispiel um Wissen und Erfahrungen der Zeitzeugen von Diktaturen und Krieg weiterzugeben und zu nutzen, sondern weil die Generationengerechtigkeit ein – wahrscheinlich das zentrale – Thema unserer Gesellschaft sein wird. Gerade eine Institution, die sich dem „C“ und der „Union“ verpflichtet fühlt, kann und muss hier Maßstäbe für Generationenarbeit setzen. Es geht um die ständige Wiederverankerung der Demokratie in der Gesellschaft, es geht um die ständige Aufgabe, Demokraten auszubilden, es geht um die ständige Aufgabe, Bindungskräfte der Gesellschaft so zu stärken, dass Herausforderungen und Angriffen auf Demokratie und Frieden im Sinne des Gemeinwohles begegnet werden kann. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist zu ihrem Beitrag in diesem Sinne bereit. Sie ist bereit und fähig, diese öffentliche Aufgabe in freier Trägerschaft mit klarem Werte- und Politikbezug zu leisten.